

**Ausgabe
21/07**

**Mittwoch
23. Mai 2007**

Einzelpreis € 1,50

Postvertriebsstück
Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt - K 2846
Zahnärztlicher Fach-Verlag
Postfach 10 18 68 - 41608 Herne

www.dzw.de

Die Zahnarzt Woche **DZW**

Unabhängige Wochenzeitung für Zahnarzt und Dentalmarkt

Die Woche im Blick

Wenig Konkretes zu
Betrügereien im
Gesundheitswesen 2

Massenabmahnung
wegen Vorher-/
Nachher-Bildern 3

SPD kündigt sinkende
GKV-Beiträge an 4

ZahnMedizin kompakt –
Kariesdiagnostik 10

Zahnerhalt bei
fortgeschrittener Par-
odontitis – Karlsruher
Konferenz 2007 (2) 11

20. DGI-Jahreskongress
in München (1) 12

Praxis-Kolleg direkte
Restaurationen (4) 14

KfO-Sonder-
seiten 19–23

Neue Software für
3-D-Röntgensystem –
Der intuitive Weg in
die dritte Dimension 30

110. Deutscher Ärztetag ohne großes mediales Echo – Kampf gegen Gesundheitsreform soll weitergehen – wenig ausgereifte Ideen zur künftigen Gesundheitsreform:

Ökonomisierung des Gesundheitswesens wird von Hoppe abgelehnt

Auf dem 110. Deutschen Ärztetag vergangene Woche in Münster hat sich der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, gegen eine weitere Ökonomisierung des Gesundheitswesens ausgesprochen und davor gewarnt, dass die Fremdbestimmung ärztlichen Handelns durch den Gesetzgeber künftig weiter zunimmt. Leidtragende würden Patienten sein, die eigentlich das Vertrauen der Ärzte genießen sollten.



Diskutierten auf dem 110. Deutschen Ärztetag in Münster: Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Bundesärztekammerpräsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe. Foto: dpa

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt erinnerte die Ärzte an ihre Verantwortung für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Versorgung. Hier gelte es, eine Balance zu finden, sagte sie. Me-

len, um auch in Zukunft sicherzustellen, dass der medizinische Fortschritt allen Versicherten zur Verfügung stehen kann.

Mit Blick auf die letzten Gesundheitsreformen warf Hoppe der

Musterberufsordnung bleibt ein ausübungsbeschränkungen liberaler angestellter Zahnärzte oder de

BZÄK-Vorstand der Musterberufs- KZBV-Spitze

Der Dreier-Vorstand der Kassenzahnärztervereinigung (KZBV) hatte vor wenigen Tagen die Bundeszahnärztekammer (BZÄK) in eine Forderung, mit „Erläuterungen zur Musterberufsordnung“ eine Reihe von Freiheiten in der Zahnärztlichen Ausübung zurückzunehmen (siehe auch Seite 10). Er sieht das Vertragsarztrechtsänderungsgesetz vor, dass ein Zahnarzt mehrere Zahnärztliche Tätigkeiten als Spezialist tätig sein kann.

Die Große Koalition aus Union und SPD beruft sich bei ihrer Liberalisierung ausdrücklich auf die Regelungen der Musterberufsordnungen der Ärzte und Zahnärzte aus dem Jahr 2005. Dennoch sollte die BZÄK auf KZBV-Forderungen hin als Steigbügelhalter einer gemeinsam mit den Krankenkassen angepeilten Torpedierung des vom VändG initiierten Wettbewerbs und der Liberalisierung herhalten und gezwungen werden, viele Freiheiten, die man mit der MBO 2005 selbst geschaffen hatte, zurückzunehmen. Jetzt hat die BZÄK allerdings das Ansinnen der KZBV mit den detaillierten Hinweisen zur Entliberalisierung des Berufsrechts zurückgewiesen und

„Ausgezeichnet sein, das ist ein freies Berufswort. Pflichten über den kollegenmer. Die für jeden liche, in S nomie du des-)Zahrfene Satz der jewei heißt es BZÄK von unterzei Dr. Dr. Jür Vorsitzes schusses arztes. D